

II-840 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 499 NJ

1991-02-19

A N F R A G E

der Abgeordneten Parnigoni

und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Maßnahmen zur Bewältigung der durch die Golfkrise
ausgelösten Probleme im österreichischen Tourismus.

Die im Gefolge des Golfkrieges ausgebrochene Krise der internationalen Tourismusbranche greift nun auch auf Österreich über. Vor allem im Bereich der Reisebüros sowie der Beherbergungsbetriebe geraten infolge der gesunkenen Auslastung zahllose Arbeitsplätze in Gefahr. Kurzarbeit sowie die Aufforderung Resturlaube jetzt zu konsumieren werden nicht ausreichen, um der Problematik Herr zu werden. Auch den betroffenen Betrieben muß geholfen werden, um drohende Insolvenzen zu verhindern. Allein in Wien muß schon für die Wintersaison mit einem zweistelligen Rückgang der Nächtigungen gerechnet werden. Noch stärker als der Nächtigungsbereich könnten die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr betroffen sein, da sich der besonders gefährdete Städte- und Konferenztourismus als überdurchschnittlich ausgabenintensiv darstellt. Demgemäß sind auch entsprechende Rückwirkungen auf die Leistungsbilanz zu erwarten, es handelt sich also um ein gesamtwirtschaftlich akutes Problem.

Einer Meldung der Tiroler Tageszeitung vom 13.2.91 kann entnommen werden, daß der Wirtschaftsminister zwar genau in der Lage ist anzugeben, welche Forderungen österreichischer Firmen im Irak und in Kuwait offen seien und daß man in diesem Zusammenhang Steuererleichterungen und -stundungen gewähren werde, bezüglich der Tourismuswirtschaft wird als Lösungsansatz

von ihm aber lediglich angeführt, daß "in nächster Zeit" ein "Tourismusgipfel" abgehalten werden soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten daher nachstehende

A n f r a g e:

- 1) Halten Sie - vor allem auch in Hinblick auf die betroffenen Beschäftigten - die angesprochenen Probleme für vordringlich zu lösende?
- 2) Wenn nein, warum nicht?
- 3) Wenn ja, welche konkreten Gegenmaßnahmen haben Sie bis dato schon getroffen?
- 4) Welche weiteren Maßnahmen sind von Ihrer Seite vorgesehen?
- 5) Wurde von Ihnen mit anderen Ministerien, etwa dem Sozialministerium, bereits Kontakt aufgenommen, um Lösungskonzepte zu erarbeiten?
- 6) Glauben Sie, daß es im Sinne einer möglichst raschen Unterstützung der betroffenen Arbeitnehmer und Betriebe angeraten ist, erst die Ergebnisse eines "Tourismusgipfels" abzuwarten?